

Gastkolumne

Was lernt das Pflegepersonal zum Thema Impfungen?

Eigentlich wäre es ja normal, dass sich das Pflegepersonal impfen lässt – und so die Patienten schützt. Eigentlich



Claudia Franziska Brühwiler

Zuerst einmal nicht schaden,» heisst es im hippokratischen Eid. Patienten nicht zu schaden, das bedeutet im Selbstverständnis vieler medizinischer Fachpersonen, sich und andere vor ansteckenden Krankheiten zu schützen – und sich impfen zu lassen. In der Regel baut unser Gesundheitswesen auf freiwillige Impfbereitschaft. Nachdem nun aber Grossbritannien, Italien, Frankreich und Griechenland eine Impfpflicht für das Gesundheitspersonal eingeführt haben, wird über die Verhältnismässigkeit eines Obligatoriums auch hierzulande diskutiert.

In Diskussionsforen liest man derzeit oft, wer das Pflegepersonal zur Impfung drängen wolle, sei undankbar und wisse dessen Leistungen in der Pandemie nicht zu schätzen. Auch seitens des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) heisst es, der Fokus auf die Pflege sei unfair. Es sei doch bezeichnend, so lautet ein wiederkehrendes Argument in den Kommentarspalten, dass sich gerade in den Pflegeberufen viele Impfskeptiker fänden. Beide Punkte sind bedenkenswert. Nicht weil sie zutreffen, sondern weil sie grundsätzliche Probleme aufzeigen.

Dass sich das Pflegepersonal an Spitälern in zu geringer Zahl impfen lässt, ist nichts Neues: Schon vor der Covid-19-Pandemie

offenbarten die Zahlen zur Impfung gegen die saisonale Grippe oder einst gegen die Schweinegrippe einen Impfgraben zwischen Ärzteschaft und Pflegepersonal. Der Hauptgrund, sich nicht impfen zu lassen, scheint unabhängig vom Krankheitserreger derselbe zu sein: Der Impfdruck wird als Eingriff in die Autonomie, als Bevormundung empfunden. Gleichzeitig belegt eine Studie zu saisonalen Grippeimpfungen, dass viele Pflegepersonen der Forschung, und damit der Impfung an sich, zu wenig vertrauen.

«Erreur de casting», eine Fehlbesetzung, nannte der Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia impfunwillige Pflegepersonen und unterstellte ihnen fehlendes Berufsethos. Solche Vorwürfe sind verletzend, kontraproduktiv und zielen an der Problemursache vorbei: Wenn Gesundheitsfachpersonen sich zu wenig über Impfungen und deren Wirkungsweise informiert fühlen, muss bei der Ausbildung angesetzt werden. Laut einer 2019 vom Bundesamt für Gesundheit veranlassten Studie werden in der Fachausbildung durchschnittlich nur gerade fünf Lektionen, also gut dreieinhalb Stunden, für dieses Thema aufgewendet. Das ist einigermaßen absurd, wenn man bedenkt, dass eine Ansteckung gefährdeter Patienten durch ungeimpftes medizinisches Personal tödliche Folgen haben kann. Zeigen Laien irrationale Ängste vor einer Impfung oder sind sich ihrer Verantwortung für Dritte nicht bewusst, so ist das eine Sache. Vernimmt man dergleichen aber von Pflegenden, besteht dringender Handlungsbedarf.

Appelle an Ethos und Verantwortungsbewusstsein sind aber wohl vergeblich bei Menschen, welche die Faktenlage grundsätzlich anders beurteilen beziehungsweise: nur ungenügend kennen. Sie werden defensiv,

“Dass es sich bei Pflegenden anders verhält, liegt auch daran, dass der Berufsstand mit Hingabe den Diskurs vom «Helden als Opfer» verfolgt.

schlimmstenfalls trotzig reagieren. Es ist auch nicht erstaunlich, dass sie jene, die eine Impfpflicht für das Gesundheitspersonal fordern, als «undankbar» bezeichnen. Dass allerdings auch ihr Berufsverband ganz ähnlich argumentiert und schon fast drohend auf den Fachkräftemangel hinweist, ist bedenklich. Würde sich die Ärzteschaft in ähnlichem Mass impfunwillig zeigen, würde in der Diskussion längst ein rauere Ton herrschen, und zwar nicht aus Undankbarkeit. Zu Recht wird von Ärzten – von denen viele während der Pandemie ebenfalls Ausserordentliches leisten mussten (und vielleicht wieder leisten müssen) – erwartet, bei der Impfung ein Vorbild zu sein.

Dass es sich bei Pflegenden anders verhält, liegt auch daran, dass der Berufsstand mit Hingabe den Diskurs vom «Helden als Opfer» verfolgt. Kaum eine Diskussion, in der nicht über Aufopferung, unattraktive Arbeitsbedingungen und zu tiefe Löhne geklagt wird. Ausgeklammert wird gerne, dass selbst in der Pflege während der Pandemie teilweise Kurzarbeit verordnet war und es in erster Linie Intensivpfleger sowie Angestellte in Alters- und Pflegeheimen waren, die sich verausgaben mussten. Auch in der Lohndebatte orientiert man sich – wie so oft in der Schweiz – mehr an Vorurteilen denn an nüchternen Zahlen, die von einem Durchschnittslohn von 83 000 Franken zeugen – mehr als der nationale Median.

Die Vermengung der Impfdebatte mit der Diskussion über den Status der Pflegeberufe lenkt vom Problem ab. Auch ein Heldenstatus entbindet nicht von der Grundpflicht: Zuerst einmal nicht schaden.

Claudia Franziska Brühwiler lehrt an der Universität St. Gallen Amerika-Studien.

Medienkritik

So schwächt der Bund die Medien



Felix E. Müller

Zu den Nachteilen von Parlamenten gehört es, dass sich deren Mitglieder zu häufig Problemen annehmen, die keine sind. Die Rechnung landet stets beim Steuerzahler. So glaubte der Nationalrat ein Defizit bei der Nutzung von Social Media durch den Bund auszumachen und verlangte Abhilfe. Gerne nahm man im Bundeshaus diese Steilvorlage an und schuf zehn neue Stellen. So sollen künftig Behördennachrichten systematisch via Facebook und Instagram verbreitet werden.

Das schwächt die klassischen Medien. Deren Aufgabe war es bisher gewesen, die Informationen aus dem Bundeshaus zu sichten, zu verarbeiten und dann an die Öffentlichkeit zu tragen. Damit wird es nun vorbei sein, weil diese News im Netz zirkulieren, bevor Journalistinnen und Journalisten sie wirklich zur Kenntnis nehmen können. Diese werden zu Zweitverwertern der amtlichen Verlautbarungen degradiert.

Absehbar ist, dass diese Art der Information im Bundeshaus rasch an Popularität gewinnen wird: Niemand filtert die Nachrichten mehr, niemand stellt unangenehme Fragen, niemand bemängelt inhaltliche Schwachstellen. Bald wird ein Team der Bundeskanzlei Simonetta Sommaruga in Regentiefeln filmen, immer vorteilhaft, stets freundlich, ohne deplatziertes Lächeln. Das Regieren wird so einfacher, weil die Mächtigen ihre Botschaften selbst steuern können.

Damit tritt die paradoxe Situation ein, dass dieselben Kreise, die unter dem Stichwort der Medienförderung Millionen an Zeitungen und Online-Portale ausschütten wollen, gleichzeitig für ihre eigenen Informationsbedürfnisse verstärkt Facebook und Co. verwenden. So schwächen sie die Schweizer Medien zusätzlich, die nach den Werbeeinnahmen nun auch noch einen Teil des Nachrichtenflusses an die Giganten des Internets in den USA verlieren.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

51 Prozent

Vor der Liebe sind wir alle gleich



Nicole Althaus

Die Liebe ist ein grosser Gleichmacher. Sie trifft alle, ungeachtet ihres Status, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe oder ihres Alters. Sie lässt die Schmetterlinge im Bauch der Kassiererin in der Migros genauso ausgelassen tanzen, wie sie den Chef der Bank um den Verstand bringen kann.

Und wenn die Liebe endet, dann weinen ihr abgeklärte mittelalterliche Frauen genauso bitter nach wie pubertierende Teenager. Denn niemand ist schön, reich, mächtig oder klug genug, als dass er vom Schauer der Erregung in der ersten Zeit des Verliebtseins nicht überwältigt und am Ende vom Liebeskummer nicht völlig am Boden zerstört wäre. Die Liebe ist radikal privat und absolut

universal. Sie wird zwar im intimen Raum gelebt, ist aber vom gesellschaftlichen Umfeld geformt. Und das macht sie letztlich politisch.

Wenn mächtige Männer wie zuletzt Guy Lachappelle, der Verwaltungsratspräsident der Raiffeisen-Gruppe, über eine Affäre stracheln und zurücktreten müssen, dann wird die Öffentlichkeit nicht nur Zeuge davon, dass die Liebe alle blind macht und selbst einen Bankenchef dazu verleiten kann, die Begehrte mit vertraulichen Dokumenten zu umschmeicheln. Nein, der Rücktritt des 60-jährigen Managers vor gut einer Woche wirft auch ein Licht auf die gesellschaftlichen Bedingungen, die es erst möglich machen, dass Liebe und Triebe immer und immer wieder mächtige Männer zu Fall bringen. Oder anders gesagt: Das individuelle Drama verkörpert kollektive Lebensbedingungen.

Ein Fall Lachappelle hätte es in der emotionalen Vormoderne nicht gegeben, in der Lust und Liebe von der kirchlichen Autorität kontrolliert und von der männlichen Vormacht gesteuert wurde. Seitensprünge gab es immer, und Geheimnisse wurden unter

der Decke nicht erst ausgetauscht, seit auch Frauen lesen lernen dürfen. Damit eine E-Mail aber zum Rachewerkzeug werden kann, braucht es zusätzlich noch mehr als nur verletzte Gefühle: Es braucht rechtliches Wissen und Vernetzung in verschiedenen Branchen, es braucht wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit Macht. All das hatten Frauen in voremanzipativen Zeiten nicht. Männer allerdings schon: Es ist darum alles andere als zufällig, dass es kein Bundesrat, sondern die erste Bundesrätin war, die über ein Telefonat mit ihrem Angetrauten stolperte. Elisabeth Kopp tat, was die Liebe ihr befahl, sie warnte ihren Ehemann und zahlte dafür, dass dieser weder Hausmann noch finanziell abhängig war.

Das entschuldigt weder Lachappelles E-Mail noch Kopps Telefonat. Heikles Handeln kann nicht durch gesellschaftlichen Wandel wegdiskutiert werden. Aber dieser erklärt, warum die Paarbildung heute zwar von kirchlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen befreit ist, der menschliche Intimbereich aber gleichzeitig immer stärker durch Staat und Gesetz kontrolliert wird. Dass Vergewaltigung in der Ehe strafbar ist,

“Damit eine E-Mail aber zum Rachewerkzeug werden kann, braucht es zusätzlich noch mehr als nur verletzte Gefühle.

dass die Schweiz im September über die Ehe für alle abstimmt und dass Firmen Anlaufstellen für Opfer von Belästigung am Arbeitsplatz schaffen, hat ein und dieselbe Wurzel: der Anspruch auf emotionale Autonomie, die erst vom Ideal der romantischen Liebe vor rund 250 Jahren geschaffen wurde.

Dieses Umwälzungspotenzial sollte nicht unterschätzt werden. Weil der Liebe und den Gefühlen nun eine moralische Autorität zukam, durften Frauen nicht mehr verheiratet und später Homosexuelle vom Rechtsinstitut der Ehe nicht mehr ausgeschlossen werden. Es veränderte die Muster der Reproduktion und der Sexualität und trug zu gesellschaftlichen Revolutionen bei, die zum Recht der Frau auf ihren Körper führten und in letzter Konsequenz zur #MeToo-Bewegung. Damit ist Liebe im Büro, dem Ort, wo traditionell am meisten Paare gebildet werden, zum Minenfeld geworden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Frauen deswegen ihre Stelle aufs Spiel setzen werden. Denn Liebe ist ein grosser Gleichmacher.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».